

Sonst droht Altersarmut

Rentenpolitik: Die Grünen werben in Reutlingen für eine steuerfinanzierte Garantierente - und Verdi-Landeschef Martin Gross will umverteilen.

Matthias Reichert

Wie sich die Grünen das Rentensystem der Zukunft vorstellen, hat am Mittwochabend ein Podium vor nur 20 Zuhörern im Reutlinger Haus der Jugend thematisiert. "Eine reiche Gesellschaft darf es nicht zulassen, dass Rentnerinnen und Rentner zusätzlich noch Minijobs brauchen", so die Reutlinger Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke. Wenn das System nicht funktioniert, werde der soziale Frieden gefährdet.

Martin Gross, Landeschef der Gewerkschaft Verdi sagte, er wolle nicht Jung gegen Alt ausspielen: "Es ist kein Generationenkonflikt" - die Fronten verlaufen seiner Ansicht nach vielmehr zwischen Arm und Reich. Am Montag hat sich in Stuttgart ein landesweites Bündnis gegen Altersarmut gegründet, an dem sich Sozialverbände, Kirchen und Gewerkschaften beteiligen. Gross ist der Initiator.

Das Problem sei von der Politik geschaffen worden, die die Renten um 20 Prozent gekürzt habe. Wenn es so weiter gehe, erhielten Rentner bis 2030 nur noch 43 statt bisher 48 Prozent ihres seitherigen Einkommens im Beruf als Rente ausgezahlt. "Wer nichts tut, wird jenseits des Jahres 2030 Altersarmut ernten", so Gross. Dann werde womöglich jeder dritte Rentner auf Harzt-IV-Niveau leben. Die Crux: 20 Prozent aller Beschäftigten verdienen in Deutschland laut Gross schon heute weniger als 10 Euro die Stunde. Markus Kurth, der rentenpolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, pflichtete bei: Der Niedriglohnsektor sei gewachsen, die Altersarmut steige, es gebe seit 15 bis 20 Jahren zunehmend gebrochene Erwerbsbiografien.

Die Riester-Rente funktioniert nicht, waren sich Gross und Kurth einig (siehe Kasten). Deshalb müsse das Rentenniveau "mindestens auf dem heutigen Niveau stabilisiert werden", fordert der Grüne. Das umlagefinanzierte Rentensystem sei nicht nur eine von drei Säulen, sondern "das Fundament der Alterssicherung". Kurth räumte ein, dass seine Fraktion in der damaligen rot-grünen Koalition die Riester-Rente mit eingeführt hatte. Sie abzuschaffen, sei schwierig. Jetzt wollen sie die Grünen von der Versicherungswirtschaft in einen öffentlich-rechtlichen Bürgerfonds verlagern. Ihre Partei tritt im Umlagesystem für eine steuerfinanzierte Garantie-Rente ein, die gut 900 Euro im Monat betragen könne. "Die Menschen sollen im Versicherungssystem bleiben und nicht im Fürsorgesystem landen", so Kurth. Die Garantierente koste 6,5 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich.

Gross möchte, dass die Bürger die vier Prozent, die laut Riester-Plan für private Altersvorsorge vorgesehen sind, zur Hälfte zusätzlich ins staatliche Rentensystem einzahlen. Auch die Arbeitgeber sollen zwei Prozent mehr beisteuern. Das würde freilich bedeuten, dass für viele die Rentenbeiträge steigen. "Wir müssen umverteilen", so Gross. So fordert der Gewerkschafter, dass die CDU, statt die Rüstungsausgaben zu erhöhen, diesen Betrag in die staatliche Renten stecken soll. Gross verlangt auch Freibeträge für Betriebsrenten, damit diese nicht von der Grundsicherung geschluckt werden.

Einig waren sich Gross und Kurth darüber, dass ein zentrales Problem des Rentensystems die Erwerbssituation der Menschen ist - mit Befristungen, Leiharbeit, prekärer Beschäftigung, Minijobs. Die Grünen treten für eine Bürgerversicherung ein, bei dem alle, auch Selbstständige, in die Rentenkassen einzahlen. Auch Kapitalerträge sollen berücksichtigt werden. Die Bedingungen dafür seien noch nie so gut gewesen, glaubt Kurth: Schon in der nächsten Legislaturperiode sei der Einstieg in die Bürgerversicherung möglich.

Wie besoffen an den Kapitalmarkt geglaubt

Bei der Einführung der Riester-Rente hätten die Verantwortlichen "wie besoffen an den Kapitalmarkt geglaubt", kritisiert Martin Kurth, rentenpolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag. Sie seien von mindestens 4 Prozent Verzinsung ausgegangen - das seien "wahnhaftige Annahmen" gewesen. Auch Verdi-Landeschef Martin Gross sagt: "Die Riester-Rente war ein völliger Fehlweg und muss korrigiert werden." Laut Kurth wären 36 Millionen Menschen berechtigt, in die Riester-Rente einzubezahlen. 16,7 Millionen davon hätten einen Vertrag abgeschlossen. Doch bedient würden nur 12 Millionen davon - die übrigen seien beitragsfrei gestellt, zahlen also nicht weiter ein und behalten lediglich das bisher Angesparte.